

Pressemitteilung

Freiburg, 18. April 2006

Risiko Kernenergie 20 Jahre nach Tschernobyl

Öko-Institut fordert: Ausstieg aus der Atomkraft muss weiter verfolgt werden

Der Ausstieg aus der Atomkraft muss konsequent weitergeführt werden. Zu dieser Einschätzung kommt das Öko-Institut kurz vor dem 20. Jahrestag des Reaktorunfalls in Tschernobyl. „Wir verstehen den Atomausstieg gerade jetzt, wo sich Tschernobyl jährt, als eine besondere Mahnung an die nachfolgende Generation“, sagt Dr. Bettina Brohmann, Energieexpertin am Öko-Institut in Darmstadt. „Eine Verlängerung der Laufzeiten von Kernkraftwerken ist hingegen eine energie- und umweltpolitische Rolle rückwärts“, sagt sie.

Keines der Ziele, die von den Protagonisten einer Laufzeitverlängerung formuliert werden, hat in der Realität Bestand. Weder sinken die Strompreise, noch können Kohlenstoffdioxid-Emissionen vermieden werden, wenn die Laufzeit der Kernkraftwerke über den verabredeten Konsens hinaus verlängert wird. Dies klingt zunächst paradox, ist aber Folge der zunehmenden Marktorientierung im Energiesektor und der Umweltpolitik.

Das Argument, dass Atomstrom die Energieversorgung preisgünstiger macht, kann das Öko-Institut entkräften. Der Strompreis richtet sich nach dem teuersten Kraftwerk, das gerade noch herangezogen wird, um den allgemeinen Strombedarf zu decken. Da dies in Deutschland in der Regel Kohle- oder Gaskraftwerke sind, ändern längere Laufzeiten von Atomkraftwerken also nichts an der Höhe der Strompreise. Es steigt lediglich die Gewinnmarge von denjenigen Unternehmen, die an Atomkraftwerken beteiligt sind.

Aber auch die verbreitete Annahme, dass ein längerer Betrieb der Kernkraftwerke CO₂-Emissionen vermeiden würde, ist bei näherem Hinsehen brüchig. Denn durch den CO₂-Zertifikatehandel sind die für Deutschland „zugestandenen“ CO₂-Emissionen zunächst bis zum Jahr 2012 „gedeckelt“. Vermiedene Emissionen aus länger laufenden Atomkraftwerken führen dazu, dass zumindest vor diesem Zeithorizont an anderer Stelle höhere Emissionen erfolgen können. Vielmehr können diejenigen Stromunternehmen, die Atomkraftwerke betreiben, bei einer Laufzeitverlängerung nochmals Geld verdienen, indem sie ihnen zugeteilte Emissionszertifikate an andere Anlagenbetreiber verkaufen. Alternativ können sie Maßnahmen zur Reduktion von CO₂-Emissionen in ihren eigenen fossil betriebenen Kraftwerken einfach unterlassen.

Eine Verlängerung der Laufzeiten würde außerdem die fortschreitende Entwicklung der Erneuerbaren Energien behindern. Neue Ideen zur Energieerzeugung und -effizienz würden dabei im Keim ersticken. Doch gerade in der verstärkten Nutzung der regenerativen Energieträger liegt das Potential zu einer risikofreien, emissionsfreien Energielandschaft.

Geschäftsstelle Freiburg

Postfach 50 02 40
D-79028 Freiburg

Hausadresse

Merzhauser Straße 173
D-79100 Freiburg
Telefon +49-(0)761-4 52 95-0

Öffentlichkeit & Kommunikation

Christiane Rathmann -22
Fax +49-(0)761-4 52 95-88
E-Mail: c.rathmann@oeko.de

Der Betrieb eines Atomkraftwerks stellt aufgrund verschiedener Risikofaktoren eine Bedrohung für Menschen und Umwelt dar. Zum einen ist bei allen Reaktoren heutiger Bauart ein schwerer Unfall mit einer massiven Verseuchung weiter Landstriche nicht auszuschließen. Die in unterschiedlichem Umfang und Wirksamkeit vorhandenen Sicherheitssysteme können diesen Falls zwar unwahrscheinlicher machen, aber physikalisch nicht ausschließen. Die Erfahrung zeigt: Schon die Planung eines Atomkraftwerks kann Fehler aufweisen und auch beim Bau, Betrieb und der Wartung der Anlagen können menschliche Fehlleistungen nicht ausgeschlossen werden. Zudem lassen auch sorgfältig geplante Störfallübungen nicht zu, das Verhalten der Betriebsmannschaft und die Reaktionen der komplexen Anlagen im Ernstfall vollständig vorherzusehen.

Zum anderen gibt es gegen terroristische Angriffe auf kerntechnische Anlagen nur begrenzt Schutz. Außerdem kann durch Weitergabe von Know-how oder Materialien ein militärischer Gebrauch erfolgen.

Die Entsorgung radioaktiver Abfälle ist ebenfalls ein drängendes Problem. Einzelne Bestandteile in hochradioaktiven Abfällen verlieren ihre gefährlichen Eigenschaften aufgrund der langen Halbwertszeiten erst im Verlauf von Hunderttausenden oder Millionen von Jahren. „Wir halten eine bald mögliche Realisierung der Endlagerung für erforderlich, um die Risiken zu begrenzen“, betont Michael Sailer, stellvertretender Geschäftsführer und Koordinator im Bereich Nukleartechnik & Anlagensicherheit am Öko-Institut, Büro Darmstadt.

AnsprechpartnerInnen:

Michael Sailer

stellvertretender Geschäftsführer und Koordinator im Bereich
Nukleartechnik & Anlagensicherheit am Öko-Institut e.V., Büro Darmstadt
Telefon 06151/81 91-20, m.sailer@oeko.de

Dr. Bettina Brohmann

stellvertretende Koordinatorin im Bereich Energie & Klimaschutz
am Öko-Institut e.V., Büro Darmstadt
Telefon 06151/81 91-35, b.brohmann@oeko.de

Weitere Informationen zum Reaktorunfall in Tschernobyl und seinen Folgen finden Sie auch in der Broschüre des Öko-Instituts „**Ein Unfall mit Folgen – 20 Jahre Tschernobyl**“. Allgemeine Informationen über die Gefahren der Atomenergie lesen Sie in der Broschüre „**Risiko Kernenergie – Es gibt Alternativen!**“.

Beide Publikationen können Sie kostenlos herunterladen unter www.oeko.de/tschernobyl oder die Druckfassung bestellen bei:

Öko-Institut e.V., Romy Klupsch, Postfach 50 02 40, 79028 Freiburg
Telefon: 0761/452 95-24, E-Mail: r.klupsch@oeko.de

Interesse am Newsletter des Öko-Instituts e.V.? Abo unter www.oeko.de/newsletter.htm